



## Protestaktion in Genf: Nein zu UPOV und zur Privatisierung von Saatgut

**Genf, 8. Dezember 2021 – 60 Jahre sind genug: Mit einer Protestaktion haben neun Schweizer Organisationen am Mittwoch in Genf die Abschaffung des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) gefordert. Sie wehren sich damit gegen die Monopolisierung von Saatgut und die Bedrohung der Ernährungssouveränität, welche durch UPOV vorangetrieben wird. Weltweit unterstützen fast 300 Organisationen und Netzwerke den Aufruf.**

Aus Anlass des 60. Geburtstags des Verbandes haben sich Aktivist\*innen der neun Entwicklungs-, Bauern- und Menschenrechtsorganisationen\* am Mittwoch vor dem UPOV-Gebäude in Genf als Nahrungspflanzen verkleidet und sich selbst in Ketten gelegt. Die Aktion war ein Symbol für die Situation der Bäuerinnen und Bauern, die aufgrund der Sortenschutzgesetze nach UPOV das Saatgut nicht mehr frei verwenden können. Doch genau diese freie Verwendung ist ein zentraler Pfeiler der Ernährungssouveränität und für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung sowie ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Agrobiodiversität.

UPOV wurde 1961 von wenigen europäischen Ländern ins Leben gerufen, um den Pflanzenzüchter\*innen die Möglichkeit zu geben, ein patentähnliches geistiges Eigentumsrecht für Saatgut durchzusetzen. Seither wurden die Bestimmungen mehrmals verschärft. Die gegenwärtig gültige Akte von 1991 (UPOV 91) verbietet es Bäuerinnen und Bauern, das mit Sortenschutzrechten versehene Saatgut frei aufzubewahren, zu vermehren, wiederzuverwenden, zu tauschen oder zu verkaufen.

Diese Einschränkung steht im Widerspruch zur UNO-Deklaration über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen (UNDROP) und des Internationalen Saatgutvertrages der FAO, in welchen genau diese Aktivitäten als Rechte der Bäuerinnen und Bauern verankert sind. Denn nur wenn sie frei über das Saatgut verfügen können, werden sie ihre Aufgaben für die Nahrungsversorgung eines grossen Teils der Weltbevölkerung sowie für die Erhaltung und Weiterentwicklung von Saatgut auch in Zukunft ausüben können.

### Druck auf den Süden

Der zunehmende Druck von Industriestaaten hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass vermehrt auch Entwicklungsländer die UPOV-Standards übernehmen mussten. Damit sich noch mehr Länder den Regeln von UPOV 91 unterstellen, üben die Saatgutindustrie, das UPOV-Sekretariat und insbesondere diverse Industriestaaten weiterhin Druck auf die Länder des Südens aus, ihre Gesetzgebung anzupassen und Bauernrechte einzuschränken.

Auch die Schweiz spielt dabei eine unrühmliche Rolle, indem sie in den Freihandelsabkommen der European Free Trade Association (EFTA) die Partnerländer dazu verpflichten will, UPOV beizutreten oder ihre Vorgaben zu übernehmen. Paradoxerweise



FASTENOPFER  
ACTION DE CARÊME  
SACRIFICIO QUARESIMALE



BROT FÜR ALLE  
PAIN POUR LE PROCHAIN  
BREAD FOR ALL



alliance **sud**

Arbeitsgemeinschaft  
Swissaid - Fastenopfer - Brot für alle  
Helvetas - Caritas - Heks

SWISSAID 

Public Eye



APBRESBES

uniterre



FIAN  
INTERNATIONAL

haben sich die EFTA-Mitglieder Schweiz, Norwegen und Liechtenstein dafür entschieden, die Anforderungen von UPOV 91 in ihren eigenen nationalen Gesetzen nicht zu erfüllen. Von Entwicklungsländern Gesetze zu verlangen, die von ihnen selbst als unangemessen angesehen werden, ist heuchlerisch und ungerecht.

Anstelle von Sortenschutzrechten nach UPOV fordern die NGOs Gesetze, welche den freien Tausch und die Wiederverwendung von Saatgut fördern statt einschränken. Nur auf diese Weise kann die Vielfalt des Saatgutes erhalten und nachhaltig genutzt werden. Und nur mit einer vielfältigen Landwirtschaft können Herausforderungen wie Klimawandel und Ernährungssicherheit gemeistert werden.

\*Die Aktion wurde von Alliance Sud, Brot für alle, Fastenopfer, FIAN, HEKS, Public Eye, Swissaid, Uniterre und APBRESBES unterstützt.

#### Mehr Informationen:

- [Fotos der Aktion](#)
- [Schweizer Koalition Recht auf Saatgut](#) (Deutsch, Französisch)
- [Globaler Aufruf No to UPOV](#) (Englisch, Französisch, Spanisch)

#### Kontaktpersonen:

- Rudi Berli, Präsident Uniterre Genf, [r.berli@uniterre.ch](mailto:r.berli@uniterre.ch), 078 707 78 83
- Tina Goethe, Teamleiterin Recht auf Nahrung, *Brot für alle*, [goethe@bfa-ppp.ch](mailto:goethe@bfa-ppp.ch), 076 516 59 57
- Delphine Neyaga, Medien und Kampagnen, SWISSAID, [d.neyaga@swissaid.ch](mailto:d.neyaga@swissaid.ch), 076 582 76 66